

Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i>		V
<i>Aus dem Vorwort zur 1. Auflage</i>		VII
<i>Literaturverzeichnis</i>		XVIII

1. Abschnitt

Einführung in das Polizei- und Ordnungsrecht

§ 1 Die einzelnen Polizeibegriffe	1	1
I. Die verschiedenen Ansätze zur Bestimmung des Polizeibegriffs	1	1
II. Der Begriff der Polizei im materiellen Sinn	2	1
1. Die geschichtliche Entwicklung des materiellen Polizeibegriffs	2	1
2. Polizei im materiellen Sinn als die der Gefahrenabwehr dienende staatliche Tätigkeit	9	4
a) Die Gefahrenabwehr	9	4
b) Die Gefahrenvorsorge	10	4
c) Keine Einbeziehung der Strafverfolgungsvorsorge . . .	11	5
III. Der Begriff der Polizei im institutionellen (organisatorischen) Sinn	13	7
IV. Der Begriff der Polizei im formellen Sinn	14	8
§ 2 Das Polizei- und Ordnungsrecht	16	8
I. Der Begriff des Polizei- und Ordnungsrechts	17	8
II. Die Gliederung des Polizei- und Ordnungsrechts	17	9
1. Die Gesetzgebungskompetenz der Länder zur Regelung des Polizei- und Ordnungsrechts	21	9
2. Die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes für Teilbereiche des Polizei- und Ordnungsrechts	25	11
3. Die Gesetzgebungskompetenz für die Strafverfolgung und die Strafverfolgungsvorsorge	29	13

2. Abschnitt

Materielles Polizei- und Ordnungsrecht (Rechtsgrundlagen und Rechtsgrundsätze des polizeilichen Handelns)

§ 3 Die Polizeibefugnisse im Rahmen der Gefahrenabwehr	36	16
I. Das Erfordernis einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage für belastende Eingriffe	36	16
1. Zuweisung einer Aufgabe rechtfertigt grundsätzlich keine Eingriffsbefugnisse	36	16
2. Generalermächtigungen und Spezialermächtigungen	38	17
3. Keine Rechtsgrundlage durch allgemeine Rechtfertigungsgründe	40	18
4. Ermächtigungsgrundlage für grundrechtsrelevante Informationen der Bundes- bzw Landesregierung	41	19
5. Keine Ermächtigung durch grundrechtliche Schutzpflichten	41a	21
6. Keine Ermächtigung durch staatliche Notrechte	42	21
II. Die polizei- und ordnungsbehördlichen Generalklauseln	43	22
1. Keine grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Bedenken gegen Generalklausel	43	23
2. Ausnahmsweise Erfordernis spezialgesetzlicher Ermächtigungen	50	24
3. Rechtsgrundlage für belastende Verwaltungsakte und Realakte	50a	24
4. Uneingeschränkte Justitiabilität der in der Generalklausel verwandten unbestimmten Rechtsbegriffe	51	25
5. Der Begriff der öffentlichen Sicherheit	53	26
6. Der Begriff der öffentlichen Ordnung	62	33
7. Der Begriff der Gefahr	69	37
a) Gefahr als hinreichende Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts	69	37
b) Anscheingefahr	80	44
c) Scheingefahr	82	46
d) Gefahrenverdacht	83	46
e) Gefahrerforschungseingriff	86	48
8. Der Begriff der Störung	92	53
9. Das Ermessen der Polizei	93	54
a) Das Entschließungsermessen	99	56
b) Das Auswahlermessen	102	58
c) Der Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung	103	59
III. Traditionelle Standardmaßnahmen (Einzelmaßnahmen) in allgemeinen Polizei- und Ordnungsgesetzen (Standardmaßnahmen)	110	62
1. Die Identitätsfeststellung und die Prüfung von Berechtigungsscheinen	119	66

2. Erkennungsdienstliche Maßnahmen	125	69
3. Vorladung	130	72
4. Platzverweisung, Aufenthaltsverbot und Wohnungsverweisung	132	73
5. Ingewahrsamnahme von Personen	141	80
6. Durchsuchung und Untersuchung von Personen	147	86
7. Durchsuchung von Sachen	151	88
8. Betreten und Durchsuchung von Wohnungen	152	89
9. Sicherstellung und Beschlagnahme	158	92
10. Verwertung, Einziehung, Vernichtung	165	96
IV. Datenerhebung und Datenverarbeitung	175	100
1. Allgemeines	176	100
2. Die Datenerhebung	179	103
a) Allgemeine Grundsätze	180	103
b) Die allgemeine Ermächtigung zur Datenerhebung	181	104
c) Die Befragung	182	105
d) Offene Bild- und Tonaufzeichnungen (Videoüberwachung)	184	106
3. Besondere Mittel der Datenerhebung	187	109
a) Allgemeines	188	110
b) Der Einsatz von technischen Mitteln zur Überwachung von Wohnungen (sog. „Großer Lauschangriff“)	193	115
c) Die Telekommunikationsüberwachung	197a	121
d) Die sog. „Online-Durchsuchung“	197f	127
e) Der Einsatz Verdeckter Ermittler	198	130
f) Der Einsatz von V-Leuten	200	130
g) Die längerfristige Observation	202a	132
h) Die polizeiliche Beobachtung (Ausschreibung)	203	133
4. Die Datenverarbeitung	205	134
a) Allgemeines zur Speicherung, Veränderung und Nutzung von Daten	206	135
b) Die Zwecke der Datenverarbeitung	207	135
c) Speicherung	210	137
d) Der Datenabgleich	211	137
e) Die Datenübermittlung	214	144
f) Die Verwertbarkeit rechtswidrig erlangter Daten	215	145
g) Löschung, Berichtigung und Sperrung von Daten sowie Auskunftsansprüche	218	149
§ 4 Die polizeirechtlich Verantwortlichen (Störer)	222	151
I. Die Bedeutung des Störerbegriffs und die Arten der Störer	228	153
II. Potentiell polizeipflichtige Personen	231	156
III. Der Verhaltensstörer	239	160

1. Das Verhalten	239	160
2. Der polizeirechtliche Verursacherbegriff	241	161
a) Die polizeirechtliche Verursachung	241	161
b) Der Zweckveranlasser	244	163
c) Der „latente Störer“	249	166
d) Scheinstörer, „Anscheinsteller“ und „Verdachtsstörer“	251	168
3. Haftung für eigenes Verhalten und für das Verhalten anderer Personen (Zusatzverantwortlichkeit)	265	177
IV. Der Zustandsstörer	268	178
1. Allgemeines	268	178
2. Einschränkungen der Zustandsverantwortlichkeit unter dem Aspekt des Übermaßverbots	271	181
3. Die Beendigung der Zustandsverantwortlichkeit, insbesondere bei Dereliktion	278	185
4. Zustandsverantwortlichkeit und zivilrechtliche Verfügungsbefugnis	281	187
V. Verjährung und Verwirkung der polizeirechtlichen Verantwortlichkeit	282	188
VI. Die Auswahl zwischen mehreren Störern	284	190
1. Keine nur anteilige Verantwortlichkeit der Störer	284	190
2. Gleichzeitige Verantwortlichkeit mehrerer Störer für eine Gefahr	285	191
a) Ermessensleitende Gesichtspunkte bei der Auswahl	285	191
b) Gesamtschuldnerische Haftung und Rückgriffsmöglichkeiten der in Anspruch genommenen Person	288	193
VII. Rechtsnachfolge in polizeiliche Pflichten	292	195
§ 5 Der polizeiliche Notstand	310	202
I. Die Tatbestandsvoraussetzungen des polizeilichen Notstands	313	203
II. Der Umfang der Inanspruchnahme	320	205
§ 6 Verfassungsrechtliche Begrenzungen der Polizeibefugnisse	328	210
I. Rechtliche Bindungen durch das Übermaßverbot	331	210
1. Der Grundsatz der Geeignetheit des Mittels	333	211
2. Der Grundsatz des geringsten Eingriffs	335	212
3. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn	338	213
II. Sonstige Begrenzungen durch die Grundrechte	341	215
1. Begrenzungen durch Freiheitsgrundrechte mit Gesetzesvorbehalt	342	216

2. Begrenzungen durch nicht ausdrücklich einschränkbare Freiheitsgrundrechte	345	219
3. Begrenzungen durch sonstige Grundrechte	346	220
§ 7 Spezialgesetzliche Befugnisse der Polizei- und Ordnungs- behörden zur Gefahrenabwehr außerhalb der allgemeinen Polizei- und Ordnungsgesetze	354	223
I. Das Versammlungsrecht	360	225
1. Öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen	366	231
2. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel	368	232
a) Anmeldung einer Versammlung	368	232
b) Versammlungsverbot und Auflagen	373	233
c) Auflösung einer Versammlung	374	236
d) Maßnahmen unterhalb der Schwelle eines Verbots oder einer Auflösung	376	237
3. Verhältnis des VersG zum allgemeinen Polizeirecht	377	238
4. Verhältnis des VersG zu anderen Vorschriften	383	241
II. Gefahrenabwehr im Internet	385	242
1. Allgemeines	385	242
a) Der Begriff der Telemedien	386	242
b) Eingriffsbefugnisse und zuständige Behörden	387	243
c) Exkurs: Aus dem Ausland stammende Angebote	389	245
2. Voraussetzungen für ein polizeiliches Einschreiten	391	245
3. Verantwortlichkeit	393	246
a) Der Inhaltsanbieter als Verhaltensstörer	395	247
b) Der Diensteanbieter als Zustandsstörer	396	248
c) Der Zugangsanbieter als Nichtstörer	399	249
4. Adressatenauswahl und Verhältnismäßigkeit der Maßnahme	400	249
§ 8 Polizeiliche Befugnisse außerhalb des Bereichs der Gefahrenabwehr	405	251
I. Die Vollzugshilfe	408	252
II. Polizeiliche Befugnisse bei der Verfolgung von Straftaten	412	253
1. Die Tätigkeit der Polizei im Rahmen der Strafverfolgung	412	253
2. Rechtsschutz gegen Strafverfolgungsmaßnahmen der Polizei	419	256
III. Polizeiliche Befugnisse bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	428	261

3. Abschnitt

Formelles Polizei- und Ordnungsrecht (Organisationsrecht und das polizeiliche Handlungsinstrumentarium)

§ 9 Die Polizei- und Ordnungsbehörden	435	264
I. Gefahrenabwehrbehörden des Bundes	438	265
1. Die Bundespolizei	439	265
2. Das Bundeskriminalamt	440	267
3. Sonstige Bundesbehörden mit polizeilichen Eingriffsbefugnissen	442	268
4. Das Bundesamt für Verfassungsschutz	444	269
5. Der Bundesnachrichtendienst	445c	271
6. Der Militärische Abschirmdienst	445d	271
II. Die Polizei- und Ordnungsbehörden der Länder	446	272
1. Überblick über die Verteilung der allgemeinen Aufgaben der Gefahrenabwehr in den einzelnen Bundesländern	446	272
a) Länder mit Einheitssystem	447	272
b) Länder mit Trennungssystem	449	273
2. Die Abgrenzung der Zuständigkeit der Polizei- und Ordnungsbehörden	452	275
a) Die sachliche Zuständigkeit	453	275
b) Die instanzielle Zuständigkeit	454	275
c) Die örtliche Zuständigkeit	458	277
III. Internationale Zusammenarbeit und Europäische Integration	460	278
1. Die Internationale kriminalpolizeiliche Organisation (IKPO – „Interpol“)	461	279
2. Das Europäische Polizeiamt (Europol)	465	279
3. Das Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ)	468	282
IV. Exkurs: Private Sicherheitsdienste	472	284
§ 10 Der polizeiliche Verwaltungsakt	477	287
I. Die Abgrenzung polizeilicher Verwaltungsakte von anderen der Gefahrenabwehr dienenden Handlungen	483	289
II. Die Rechtmäßigkeit eines der Gefahrenabwehr dienenden Verwaltungsakts (Prüfungsschema)	488	291
1. Die formelle Rechtmäßigkeit	489	291
a) Die Zuständigkeit	489	291
b) Die Verfahrensvorschriften	490	291
2. Die materielle Rechtmäßigkeit	500	296
a) Die Bestimmtheit des Verwaltungsakts	500	296

b) Die Rechtsgrundlage	501	297
c) Das Entschließungsermessen	502	297
d) Der richtige Adressat	505	298
e) Das Auswahlermessen	506	299
f) Verstoß gegen sonstiges Recht	507	299
g) Umdeutung	508	299
3. Der Rechtsschutz bei Verwaltungsakten	509	300
a) Die Rechtswegproblematik	509	300
b) Der Rechtsschutz durch die Anfechtungsklage	510	300
c) Der vorläufige Rechtsschutz gem. §§ 80 ff VwGO	519	303
d) Der Rechtsschutz bei Erledigung des Verwaltungsakts	522	304
e) Der Rechtsschutz durch eine Verpflichtungsklage	526	306
f) Der vorläufige Rechtsschutz durch eine einstweilige Anordnung	532	307
g) Der vorbeugende Rechtsschutz durch eine allgemeine Leistungsklage	533	308
h) Der Rechtsschutz durch eine allgemeine Feststellungsklage gem. § 43 VwGO	534	308
III. Die Zwangsmittel zur Durchsetzung polizeilicher Verwaltungsakte	538	309
1. Allgemeines	538	309
2. Die Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen für die Anwendung der Zwangsmittel	539	310
a) Die Ersatzvornahme	553	316
b) Das Zwangsgeld	556	318
c) Die Anwendung unmittelbaren Zwangs	558	319
3. Unmittelbare Ausführung und Sofortvollzug	564	323
4. Der Rechtsschutz gegen die Vollstreckung polizeilicher Verwaltungsakte sowie die unmittelbare Ausführung und den Sofortvollzug	572	326
a) Der Rechtsschutz gegen als Verwaltungsakte zu qualifizierende Vollstreckungsmaßnahmen	572	326
b) Der Rechtsschutz gegen als Realakte zu qualifizierende Vollstreckungsmaßnahmen	575	327
c) Der Rechtsschutz zur generellen Verhinderung der Verwaltungsvollstreckung	576	327
d) Der Rechtsschutz gegen die unmittelbare Ausführung und den Sofortvollzug	580	328
IV. Die Bewehrung polizeilicher Verwaltungsakte	582	329
V. Erlaubnis und Dispens	583	330
1. Allgemeines	583	330
2. Der Rechtsschutz im Zusammenhang mit Erlaubnissen und Dispensen	586	331

§ 11 Polizei- und ordnungsbehördliche Verordnungen	605	337
I. Allgemeines	607	338
II. Die Abgrenzung polizei- und ordnungsbehördlicher Verordnungen von polizeilichen Verwaltungsakten	616	342
III. Die Rechtmäßigkeit einer polizei- und ordnungsbehördlichen Verordnung (Prüfungsschema)	619	344
1. Die formelle Rechtmäßigkeit	620	344
2. Die materielle Rechtmäßigkeit	624	345
IV. Rechtsschutz gegen Polizeiverordnungen und ordnungsbehördliche Verordnungen	630	347
1. Rechtsschutz durch eine oberverwaltungsgerichtliche Normenkontrolle	630	347
a) Die Zulässigkeit der Normenkontrolle	631	348
b) Die Begründetheit der Normenkontrolle	635	349
c) Vorläufiger Rechtsschutz durch eine einstweilige Anordnung	636	349
2. Inzidenter Rechtsschutz durch die Anfechtung von Normvollzugsakten	637	350
3. Inzidenter Rechtsschutz durch eine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage	638	350
4. Rechtsschutz durch eine Verfassungsbeschwerde	639	351
§ 12 Sonstige polizeiliche und ordnungsbehördliche Handlungsinstrumente	650	354
I. Realakte	652	354
II. Öffentlichrechtliche Verträge	656	357
III. Informelles konsensuales Verwaltungshandeln	660	359
IV. Rechtsschutz gegen sonstige polizeiliche und ordnungsbehördliche Handlungsinstrumente	663	360
1. Der Rechtsschutz gegen Realakte mittels einer allgemeinen Leistungsklage	663	360
2. Der Rechtsschutz gegen Realakte mittels einer allgemeinen verwaltungsgerichtlichen Feststellungsklage gem. § 43 VwGO	667	362
3. Der Rechtsschutz im Zusammenhang mit öffentlich-rechtlichen Verträgen	670	363
4. Der Rechtsschutz im Zusammenhang mit informellem konsensualem Verwaltungshandeln	671	363

4. Abschnitt**Entschädigungs- und Ersatzansprüche bei polizeilichem Handeln**

§ 13 Entschädigungsansprüche Betroffener	679	365
I. Entschädigungsansprüche des Störers	679	365
II. Der Entschädigungsanspruch des Nichtstörers	684	367
§ 14 Ersatzansprüche des Polizeiträgers	697	375
I. Ersatzansprüche bei Ersatzvornahme	698	375
II. Ersatzansprüche bei unmittelbarem Zwang	702	378
III. Ersatzansprüche bei unmittelbarer Ausführung	703	379
IV. Rückgriffsansprüche	707	381
§ 15 Exkurs: Das polizeiliche Abschleppen von Kraftfahrzeugen	710	383
I. Die Rechtsgrundlage für das Abschleppen	713	384
1. Nichtbeachtung eines Verkehrszeichens	714	384
2. Verstoß gegen sonstige Rechtsvorschriften	717	386
II. Der Adressat der polizeilichen Maßnahme	718a	386
III. Rechtliche Begrenzungen durch das Übermaßverbot	719	387
1. Begrenzungen durch den Grundsatz des geringsten Eingriffs	720	387
2. Begrenzungen durch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	721	387
IV. Kostenersatzansprüche des Trägers der Polizeibehörde und ihre Durchsetzung	722	388
1. Rechtsgrundlage für Kostenersatzansprüche	722	388
2. Die Durchsetzung des Kostenersatzanspruchs	725	389
3. Polizeiliches Zurückbehaltungsrecht wegen bestehender Kostenersatzansprüche	726	389
V. Schadenersatz- und Entschädigungsansprüche gegen den Träger der Polizeibehörde bei Beschädigung des Fahrzeugs	727	390
Anhang		
Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes des Bundes und der Länder in der Fassung des Vorentwurfs zur Änderung des MEPolG		393
Sachverzeichnis		417